

## Einleitung

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre kam es zu einem ungewöhnlichen Boom internationaler staatstheoretischer Diskussion. In vergleichbarer Intensität war sie seit den 1920er Jahren nicht mehr geführt worden. An ihr beteiligte sich eine Vielzahl vorwiegend jüngerer, kritischer Wissenschaftler in den Disziplinen der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaften, der Ethnologie und der Philosophie. Um nur einige der bekannteren Namen dieser weitverzweigten Diskussion zu nennen: in England Ralph Miliband, Sol Picciotto, John Holloway, Bob Jessop, in den USA James O'Connor, in Italien Lelio Basso, Noberto Bobbio, Cesare Luporini, Antonio Negri, Umberto Cerroni, Mario Teló in Deutschland Wolfgang Abendroth, Johannes Agnoli, Jürgen Habermas, Claus Offe, Volker Ronge, Joachim Hirsch, Bernhard Blanke, Elmar Altvater, Heide Gerstenberger, in Frankreich Louis Althusser, Étienne Balibar, Christine Buci-Glucksmann, Suzanne de Brunhoff und schließlich Nicos Poulantzas.

Diese Diskussion war eng mit der Protestbewegung verbunden, die sich facettenreich seit Mitte der 1960er Jahre gebildet hatte, und vertrat den Anspruch, zu einer kritischen Analyse der Politik und des Staates beizutragen. Kritisch meint in diesem Fall, daß die Diskussionen über Pluralismus und Neopluralismus, über systemtheoretische Politikkonzepte, über Totalitarismus und das republikanische Verständnis von Politik als unzureichend wahrgenommen wurden. Die Linke wurde in den westlichen Gesellschaften wieder stärker, seit Beginn der 1960er Jahre entstand die Neue Linke, die sich weder an der Sozialdemokratie noch an den realsozialistischen Staaten orientierte. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit kam es zu einem krisenhaften wirtschaftlichen Einbruch. Die demokratischen Normen, die in den westlichen Gesellschaften von offizieller Seite vertreten wurden, wurden vielfach nicht eingelöst. Dies führte zur Bürgerrechtsbewegung in den USA und zu sozialen Bewegungen in allen fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Sie traten aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus, gegen Völkerrechtsverbrechen, gegen koloniale Kriege und Ausbeutung, für die Verwirklichung der Demokratie und ihre Ausweitung in alle gesellschaftlichen Bereiche ein.

Doch es ging nicht nur um die Glaubwürdigkeit der formalen Demokratie. Vielmehr beunruhigte, dass Bedingungen fortbestanden, die wenige Jahrzehnte zuvor zu autoritären politischen Regimen geführt hatten. Die Demokratie erschien gefährdet.

In Deutschland verband sich dies mit der zunehmenden Sensibilität für die Tatsache, daß ehemalige Funktionäre des nationalsozialistischen Staates auch in den Institutionen der Demokratie Karriere machen können. Die demokratische Kultur

erschien nicht sehr tief verankert, Demokratie wurde weniger als eine die Gesellschaft bestimmende Verkehrsform zwischen den Bürgern und Bürgerinnen verstanden, sondern auf bloß formale Mechanismen der Rekrutierung der politischen Elite reduziert. Die Demokratie geriet in den 1960er Jahren in eine ihrer wiederkehrenden Krisen. Abhörskandale oder die geplante Notstandsgesetzgebung ließen Prozesse der Aushöhlung demokratischer Institutionen erkennen. Mit den Wahlerfolgen der NPD drang der Rechtsradikalismus in die demokratischen Institutionen vor. Gegen diese Entwicklungen, die als »Notstand der Demokratie« empfunden wurden, kam es zum Protest. Das politische System ebenso wie das alltägliche Leben sollte demokratisiert werden. Von Willy Brandt wurde dieser verbreitete Wunsch mit dem Syntagma »Mehr Demokratie wagen« symbolisiert. Staatlich vermittelte Demokratie ist davon abhängig, dass die Entscheidungen der gewählten Vertreter und Vertreterinnen des Volkes durch eine komplexe staatliche Verwaltung umgesetzt werden. Dies lenkte die Aufmerksamkeit auf das Problem des Staates. Was ist der Staat? Wie ist er entstanden? Kann der Staat die Gesellschaft regieren, hat er die Fähigkeit, die ökonomischen, die technologischen Prozesse, die vielen Felder der Gesellschaft wirklich zu steuern oder überfordert er sich nicht? Wie wird regiert und gesteuert? In der Krise seit Mitte der 1960er Jahre, dann im Anschluss an die sog. Ölkrise von 1973 wurden neue Instrumente des Krisenmanagements eingesetzt. Die Erfahrung belehrte die Politik jedoch, daß politische Planung keineswegs zu den gewünschten Zielen führte. Die Verwaltung, die als rationales Instrument politischer Entscheidung verstanden wurde, erweist sich selbst als opak. Sie ist durchzogen von politischen und gegenüber politischen Entscheidungen widerständigen Interessen. Wie kommt es zu politischen Entscheidungen, wie sind solche Reibungen zu begreifen, in welchem Verhältnis steht der Staat zur Gesellschaft? Zu diesen Fragen trug die staatstheoretische Diskussion der 1960er und 1970er Jahre bei.

Für viele derjenigen, die oben erwähnt wurden, ist der Bezug auf die Marxsche Theorie im engeren, auf die an ihn anschließenden Traditionen kritischer-materialistischer Theorie – zu der Autoren wie Lenin, Rosa Luxemburg, Hermann Heller, Antonio Gramsci, Max Adler und Otto Bauer, Otto Kirchheimer oder Franz Neumann zu zählen sind – im weiteren Sinn verbindlich, so daß die verschiedenen Ansätze im breiten Sinn als neo-marxistisch gekennzeichnet werden konnten. Als marxistisch galten sie, weil sie zur Bestimmung des Staates auf Begriffe der Kapitalismuskritik zurückgriffen und die Funktionsweise des Staates in den Zusammenhang der Logik kapitalistischer Reichtumsproduktion rückten: gesellschaftliche Produktion wird von Privaten organisiert, die arbeitsteilig für einen anonymen Markt produzieren. Sie stellen mittels politischer Herrschaft Bedingungen her, die es ihnen erlauben, den gesellschaftlichen Reichtum anzueignen und zu ihrem eigenen zukünftigen Nutzen einzusetzen. Viele dieser angesprochenen Theoretiker bemühten sich darum, zu einer Theorie der Politik, des Staates und der Demokratie beizutragen, die den Fehler vermeiden sollte, staatliche Politik und das Handeln staatlicher Akteure

auf die Macht des Kapitals im allgemeinen oder einer besonderen Kapitalgruppe zu reduzieren. Es ging um eine präzise Bestimmung der Autonomie des Politischen im Rahmen einer Theorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Die Wege, diese Autonomie theoretisch zu bestimmen, waren sehr verschieden. In der kritischen Diskussion in Deutschland gab es in der Tendenz zwei große Richtungen. Diejenige, die an Marx anschloss und sich bemühte, den Staat und seine Funktionen alternativ entweder aus dem kapitalistischen Warenaustausch mit seinen Rechtskategorien der Freiheit und Gleichheit der Eigentümer der Waren, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen oder der kapitalistischen Akkumulationsdynamik abzuleiten. Im wesentlichen geschah dies durch die Überlegung, daß der Staat dort eingreift, wo die Einzelkapitale bestimmte Bedingungen zu ihrer Existenz benötigen, die sie aber nicht selbst sichern können, weil dies für sie keinen Gewinn abwirft: die Qualifikation der Beschäftigten, die Infrastrukturen wie Wasser, Energie, Verkehr und Transport, Recht und Ordnung, Arbeitsfrieden, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsschutz. In allen diesen Fällen gewährleistet der Staat nicht nur die Bedingungen der kapitalistischen Produktion, sondern darüber hinaus, daß für alle Privatproduzenten die gleichen Bedingungen bestehen. Dies erklärt, warum der Staat nicht der Staat einer Kapitalgruppe, des Monopolkapitals oder des Finanzkapitals ist. Die Allgemeinheit staatlicher Entscheidungen erklärt sich dadurch, daß der Staat die allgemeinen Bedingungen der Kapitalreproduktion gewährleistet oder – als Grundlage einer Krise – eben nicht mehr sichern kann. Eine zweite Richtung, insbesondere vertreten durch Jürgen Habermas, bestimmte den Staat dadurch, dass dieser mit Sozialtransfers und wohlfahrtsstaatlichen Mitteln politische Apathie, eine privatkonsumistische Haltung, sozialen Frieden und Loyalität herstellte. Gleichzeitig würden auf diese Weise, so die Erwartung, Demokratieansprüche geweckt, die der Staat nicht einlösen könnte. Er sei nicht in der Lage, Entscheidungen im Namen der Allgemeinheit zu legitimieren, seine Macht müsse sich als irrational erweisen. Es konnte deswegen von einer Krise der Massenloyalität und der Legitimation gesprochen werden. Zielte die erste Art der Analyse vor allem auf Prozesse der Rolle des Staates im ökonomischen Prozess, so rückte die zweite Art der Analyse den Wohlfahrtsstaat und die Demokratie in den Mittelpunkt. Zwischen beiden gab es wenige Berührungspunkte.

Charakteristisch für diese Art von Analysen waren die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft und der Gegensatz von einerseits kapitallogischen und andererseits demokratietheoretischen Fragen. In gewisser Weise scheiterten beide Ansätze. Der kapitallogische Ansatz reduziert Politik am Ende doch auf eine Funktion des Kapitals und kann politische Prozesse nur insofern berücksichtigen, wie sie sich in den Kreislauf der Kapitalverwertung einfügen. Die die gesellschaftlichen Prozesse formierende Rolle der Politik, politische Auseinandersetzungen, die Macht von Akteuren, Kräfteverhältnisse, politische Fehler und Niederlagen können so nicht in den Blick genommen werden. Der demokratietheoretische Ansatz macht sich normativ

befangen und beschränkt sich auf die Begründung von Normen, die für die Demokratie als Grundlage gelten, idealistisch unterstellend, dass das Handeln der politischen Akteure von ihren ethischen Werten und moralischen Maximen abhängt. Es wird darauf verzichtet den Zusammenhang mit kritischen Analysen der politischen Ökonomie, ja sogar der politischen Institutionen zu bewahren. Die Originalität von Nicos Poulantzas bestand darin, eine konzeptionelle Alternative anzubieten. Damit gab er dem staatstheoretischen Denken Impulse, die bis heute anhalten und seine Text mittlerweile zu Klassikern der internationalen Diskussion haben werden lassen. Bevor wir darauf zu sprechen kommen, wollen wir kurz auf seine Person eingehen.

Nicos Poulantzas wurde 1936 in Athen geboren. Nach Beendigung seines Studiums der Rechtswissenschaften Ende der 1950er Jahre setzte er nach einem kurzen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland 1960 seine Studien in Paris fort. Mitte der 1960er Jahre engagierte er sich in der von Jean-Paul Sartre herausgegebenen Zeitschrift *Les Temps modernes* und war Mitarbeiter der Zeitschrift *Archives de Philosophie du Droit*. Seine bis dahin vorgelegten akademischen Arbeiten zu Fragen des Naturrechts fanden bereits internationale Aufmerksamkeit. Breiter bekannt und in zahlreiche Sprachen übersetzt wurde dann sein erstes großes staatstheoretisches Buch über »Politische Macht und soziale Klassen«, das im Frühjahr 1968 bei einem prominenten linken Verlag, François Maspero, in Paris erschien. Mit diesem Buch wie mit zahlreichen seiner kleineren Veröffentlichungen gab Nicos Poulantzas deutlich zu erkennen, daß er seine staatstheoretischen Überlegungen im Rahmen der Theorie des international bekannten, an der *École normale supérieure* lehrenden marxistischen Philosophen Louis Althusser formulierte, der sich gegen jede Art von ökonomischem Reduktionismus und zielgerichteter historischen Entwicklung wendete. Nicos Poulantzas lehrte ab 1968 an der Reformuniversität von Vincennes, an deren Gründung Michel Foucault maßgeblich beteiligt war, Soziologie, später nahm er weitere Lehrverpflichtungen an der *École pratique des hautes études* wahr. Eine Berufung an die Universität Frankfurt, an der er im Sommersemester 1974 für einige Monate unterrichtete, kam nicht zustande. In den 1970er Jahren legte er mehrere Bücher vor: »Faschismus und Diktatur« war von großer Bedeutung, weil es mit einer Analyse der Herausbildung des faschistischen Ausnahmestaats theoretisch begründete, daß nicht jede repressive oder autoritäre Entwicklung als Prozess der Faschisierung interpretiert werden darf, wie das in linken Kreisen zu jener Zeit verbreitet getan wurde, gestützt auf die Annahme, daß die Repression das hinter der Fassade der parlamentarischen Demokratie immer vorhandene faschistische Wesen des bürgerlichen Staates enthüllte. Mit »Die Krise der Diktaturen« reagierte Poulantzas auf den bemerkenswerten schnellen und beinahe synchronen Zerfall der Militärdiktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien. Nicht zuletzt die Erfahrung der Nelkenrevolution in Portugal, in der die Linke sehr schnell an Stärke gewann, aufgrund dieser vermeintlichen Stärke aber auch viele Fehler im Umgang mit den Staatsapparaten machte, veranlasste Nicos Poulantzas, in durchaus kritischer

Weise die eurokommunistische Strategie zu unterstützen und in Griechenland für ein Abgeordnetenmandat zu kandidieren. Poulantzas hielt es für nötig, parlamentarische Politik mit der Politik von sozialen Bewegungen, Politik von innen und Politik von außen miteinander zu verbinden, und nicht gegeneinander auszuspielen. Diese Perspektive bestimmte schließlich die »Staatstheorie«, seinem letzten großen Buch, bevor er im Herbst 1979 Suizid beging. In diesem Buch setzt er sich ausführlich mit Michel Foucaults Analysen zur Disziplinarmacht in dessen Buch »Überwachen und Strafen« auseinander, kritisch rückt er auch von manchen seiner früheren strukturtheoretischen Überlegungen ab und stellt ins Zentrum seiner Überlegungen einen Begriff von Staat, der ihn noch stärker als gesellschaftliches Verhältnis, als Verhältnis von Praktiken und Kräfteverhältnissen zwischen sozialen Klassen akzentuiert.

Originell sind Poulantzas' Arbeiten, weil in ihnen entschieden die auf Hegel zurückgehende Unterscheidung von Staat und Gesellschaft zurückgewiesen wird. Aus Poulantzas' Sicht ist der Staat nicht der Repräsentant des Allgemeinen, der über der Gesellschaft steht und die Fähigkeit besitzen könnte, diese zu lenken und über Konflikte zu richten und sie zu schlichten. Der Staat ist eine spezifische Ebene der Gesellschaft, ein Terrain, auf dem sich soziale Kämpfe als politische Auseinandersetzungen um die politische Macht abspielen. Der Staat muß durchgesetzt und reproduziert werden, er ist insofern auch ein Einsatz in solchen Kämpfen, denn nur, wenn es mittels politischer Macht gelingt, die Kämpfe derart zu organisieren, daß sie auf diesem Terrain stattfinden, kann es zu Herrschaft kommen. Weil der kapitalistische Staat Einsatz in und Austragungsort der sozialen Kämpfe ist, verdichten sich die sozialen Kämpfe und die Kräfteverhältnisse in seinen Apparaten. Der Staat selbst hat, aus der Sicht von Poulantzas, keine eigene Macht. Der Staat ist aus seiner Sicht auch nicht, wie in der liberalen Tradition von Thomas Hobbes bis Max Weber behauptet wird, durch Gewalt als Mittel gekennzeichnet. Ebensowenig bestimmt Poulantzas den Staat als Akteur: der Staat handelt nicht, er ist kein Subjekt mit einem Willen. Der Vorschlag von Poulantzas besteht darin, den kapitalistischen Staat als ein besonderes gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen. Als solches kann er nicht der Gesellschaft äußerlich gegenüberstehen und sie in ihrer Gesamtheit lenken. Indem sich mit dem Kapitalismus besondere Produktionsverhältnisse bilden, in denen die Eigentümer der Produktionsmittel und die Lohnarbeiter sich auf dem Markt als gleiche Privatrechtssubjekte gegenüberstellen, wird politische Herrschaft nicht mehr länger als personale Herrschaft ausgeübt. Herrschaft nimmt mit der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die von ihnen getrennte Form einer abstrakt-allgemeinen politischen Herrschaft an. Erst durch diese Abtrennung der politischen Verhältnisse und ihre Formierung als autonome Sphäre kann sich auch die Ökonomie im modernen Sinn als ein autonomer gesellschaftlicher Bereich der »Marktwirtschaft« herausbilden, in dem allein nach Kalkülen wirtschaftlichen Nutzens gehandelt wird. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse schaffen sich, um es noch einmal mit Max Weber zu sagen, ihr Menschenmaterial: sie konstituieren

die Individuen als Freie und Gleiche. Nur wenn sie der Tendenz nach sich alle als freie und gleiche Warenbesitzer wechselseitig anerkennen, die ohne Einschränkung über ihr Eigentum verfügen und verbindlich Verträge eingehen können, kann der Kapitalismus funktionieren. Diese Freiheit und Gleichheit wird vom Staat garantiert und aktiv hergestellt, indem er die Individuen alle als Bürger einer Staatsnation betrachtet, ihre rechtliche Gleichheit garantiert, ihren Freiheitsraum umreißt, sie registriert, verwaltet, erzieht, lenkt, kontrolliert. Die Gesellschaft besteht aus der Sicht von Poulantzas aus drei autonomen Ebenen, den Produktionsverhältnissen, dem Politischen und schließlich dem Ideologischen. Der Staat hat als gesellschaftliches Verhältnis in und für die Gesamtheit der Gesellschaftsformation bestimmte Funktionen. Er ist ein Terrain, auf dem sich in spezifischer Weise gesellschaftliche Widersprüche zwischen sozialen Klassen bewegen können und ausgetragen werden. Der kapitalistische Staat ist die Form, in der die bürgerliche Klasse sich selbst als herrschende Klasse organisiert. In diesem Sinn greifen staatliche Regelungen und staatliche Akteure in den gesellschaftlichen Prozess ein. Es werden Steuern erhoben, staatliche Bürokratien mit mehr oder weniger viel Personal geschaffen, allgemeinverbindliche Verhaltensregeln durch Gesetze festgelegt, bestimmte Arten des kollektiven Entscheidens institutionalisiert und mittels Geld in ökonomische Prozesse eingegriffen.

Dies gibt Anlass zur Feststellung eines weiteren entscheidenden Arguments von Poulantzas. Die bürgerliche Klasse organisiert sich im Staat. Doch niemals als eine Klasse, die bereits vor dem Staat existiert. Sie gewinnt ihre Existenz, ihre Einheit und Identität als herrschende Klasse erst mittels dieser staatlichen Selbstorganisation. Dies bedeutet, dass der Prozess der Selbstorganisation sich als naturwüchsiger Prozess und unter der Ägide einer besonderen Gruppe der Produktionsmitteleigentümer vollzieht, die diesen Prozess der Selbstorganisation vorantreibt und dominiert. Im Staat organisieren sich die Herrschenden als ein Machtblock, in dem die verschiedenen Gruppen von Kapitaleigentümern darum kämpfen, welche von ihnen die relevanten politischen Entscheidungen festlegt, die allgemein verbindlich für alle Kapitalakteure und den Rest der Bevölkerung sind. Anders gesagt, der Staat verfolgt niemals eine einzige und widerspruchsfreie Politik, das sogenannte Interesse der bürgerlichen Klasse als solcher. Denn es steht nicht von vornherein fest, was dieses Interesse sein könnten. Vielmehr organisiert er die Machtauseinandersetzungen, den Kampf um Machtanteile, um mit Max Weber zu sprechen, zwischen den verschiedenen Fraktionen der Herrschenden. Dabei werden die verschiedenen Apparate und Zweige des Staates selbst von den verschiedenen Machtgruppen besetzt, in ihnen werden die jeweiligen Politiken der Herrschenden ausgearbeitet und die Konflikte ausgetragen. Die Fraktion, die die Hegemonie erlangt, besetzt bestimmte Apparate, mit denen sie die Staatsapparate und das Handeln der staatlichen Akteure relativ vereinheitlicht. Solche dominanten Apparate können das Militär im Fall einer Militärdiktatur, die Polizei im Fall des Faschismus oder das Finanzministerium im Fall

eines neoliberalen Regimes sein; sie werden dann die Orte, an denen die Politik ausgearbeitet wird. Diese Einsichten von Nicos Poulantzas haben an Aktualität nichts verloren. Denn in den vergangenen Jahrzehnten kam auch eine breite politikwissenschaftliche Forschung zu vergleichbaren Ergebnissen: dem Staat gelingt es nicht, einzelne Politikfelder zu steuern; ihm gelingt es auch nicht, zu einer einheitlichen Politik zu gelangen. Vielmehr verlaufen Versuche des Krisenmanagements widersprüchlich und krisenhaft.

Diese Überlegung von Poulantzas führt zu einem weiteren Aspekt der Aktualität seiner Analysen. Die Krise der staatlichen Eingriffe wurde von den staatlichen Akteuren in den 1970er Jahren ausführlich unter dem Stichwort der »Unregierbarkeit« diskutiert. Es sind zwei bemerkenswerte politische Strategien daraus gefolgt. Eine davon hat Poulantzas nicht antizipiert: die Politik der Deregulierung und Privatisierung, also die Entlastung des staatlichen Regierens dadurch, dass staatliche Aufgabenbereiche in den Privatsektor verlagert werden. Dies ist verbunden mit einem erheblichen Abbau der öffentlichen Dienste und einer Veränderung von deren Funktionsweise, mit der eine neue Form der Verhaltensführung der Individuen angestrebt wird. Eine andere Entwicklung aber nahm Poulantzas aufmerksam wahr. Sie prägte die Politik auch schon während der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, nämlich die Verlagerung der Prozesse politischen Entscheidens weg von den Parlamenten und Parteien. Poulantzas charakterisierte diesen Vorgang als eine Krise der politischen Repräsentation und macht damit darauf aufmerksam, dass nur unter Bedingungen bestimmter Kräftekonstellationen Parteien, Parlamente und formelle demokratische Verfahren überhaupt bestimmte Kräfte repräsentieren und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verdichten. Die Macht verschob sich, so seine These, in informelle, die formellen Instanzenwege durchkreuzende, überlagernde und durchdringende Parallelstrukturen. Auf diese Weise konnte die staatliche Verwaltung gegenüber Parlament und Parteien enormes politisches Gewicht gewinnen. Poulantzas bezeichnete dieses Phänomen als »autoritären Etatismus«. Parlamente und Parteien befinden sich tatsächlich in einer Krise. Allerdings hat dies keineswegs bruchlos zur Stärkung der Verwaltung geführt, wie Poulantzas seinerzeit annahm. Etwas anderes ist geschehen: Im Prozess der Europäisierung und Globalisierung hat die herrschende Politik sich durch die Einbeziehung verschiedenster Akteure wie Verbände, regionale Körperschaften, Unternehmensberatungen, Kommissionen oder Nicht-Regierungsorganisationen in die Entscheidungsprozesse informalisiert. Es ist zur Herausbildung neuartiger Governance-Mechanismen gekommen.

Sich mit dem Werk von Nicos Poulantzas vertraut zu machen, ist in historischer Hinsicht gewinnbringend. Doch seine Arbeiten sind nicht nur im Sinne einer Kenntnis der Tradition des Nachdenkens über den Staat von Interesse. Sie haben in systematischer Hinsicht zum Verständnis des kapitalistischen Staates viele erhellende Einsichten und wichtige Begriffe beigetragen, von der die politiktheoretische Forschung profitieren kann. Nachhaltige Wirkung geht schließlich von seiner theoretischen

schen Arbeit auch deswegen aus, weil sie der Theorie des kapitalistischen Staates und der empirischen Forschung zum Staat als eigenständiges Arbeitsgebiet innerhalb der gesellschaftskritischen Theoriebildung einen festen Platz und damit ein enormes Anregungspotential gegeben hat, auf das sich seitdem eine international verzweigte Diskussion beruft.

Poulantzas' Theorie ist damit auch anschlussfähig an verschiedene neuere Ansätze, die auf ähnlichen theoretischen Annahmen beruhen, nicht zuletzt jene, die ähnlich wie Poulantzas' Staatstheorie selbst, aus jenen Debatten hervorgegangen sind, die Althusser angestoßen hat. Insbesondere für die Regulationstheorie, die feministische Theorie, Queertheorie, Cultural Studies, Diskursanalyse und -theorie, kritische Rassismusansätze, neuere Ansätze der Ideologietheorie, die an Foucault anschließenden Ansätze zu Gouvernementalität, die an (Post-)Operaimus und Gilles Deleuze und Félix Guattari anschließenden Ansätze zu Biopolitik und immaterieller Arbeit, die wissenschaftstheoretischen Überlegungen zum Verhältnis Natur, Technik und Gesellschaft etwa von Donna Haraway und Bruno Latour usw. können die Überlegungen von Poulantzas weiterentwickelt werden, d.h. an andere Fragestellungen und Probleme angepasst und aktualisiert werden.

Denn Poulantzas hat durch die Integration der Mikromachtperspektive in seinen Ansatz, also durch eine Verbindung von Staatstheorie, Kapitalismustheorie und Überlegungen zu Macht- und Subjektivierungsformen die Möglichkeit geschaffen, diese Perspektiven zu verschränken und damit das Verhältnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Kämpfe zueinander zu reflektieren. Diese theoretische Verschränkung ermöglicht es, auch unter gesellschaftlich veränderten Bedingungen, die etwa mit dem Projekt des Neoliberalismus und der Transnationalisierung des Staates einhergegangen sind, die Themen und kritischen Einwände, aber auch die o.g. Theorieströmungen, die die weltweite Protest-Bewegung von 1968 und die Neuen Sozialen Bewegungen hervorgebracht haben, zu bearbeiten. Die in diesem Band versammelten Beiträge wollen in diesem Sinne zu einer Aktualisierung von Poulantzas' Theorie des Staates beitragen.

Die Beiträge von Bob Jessop und Étienne Balibar stellen das Werk von Poulantzas einerseits in einen wirkungsgeschichtlichen Kontext und diskutieren andererseits die Grenzen und neuen Herausforderungen für eine materialistische Staatstheorie der Gegenwart<sup>1</sup>. Alex Demirović, Ulrich Brand und Jens Wissel gehen der Frage nach, auf welche Weise eine Theorie der Internationalisierung, Transnationalisierung bzw. Europäisierung des Staates von Poulantzas' Überlegungen zu diesem Aspekt profitieren kann, hatte er doch früh begriffliche Unterscheidungen wie die zwischen einer »inneren« und einer »Kompradoren«-Bourgeoisie geprägt, um die internationalen Dimensionen politischer Macht zu bezeichnen. Sabine Nuss und Ingo Stützle disku-

---

1 Danken möchten wir an dieser Stelle Stefan Anwander für die Übersetzung des Beitrags von Bob Jessop aus dem Englischen.

tieren vor dem Hintergrund aktueller Debatten um »geistiges Eigentum im Informationszeitalter« Poulantzas' These, dass die Transformation des Eigentumsbegriffs mit veränderten Kräfteverhältnissen innerhalb der Bourgeoisie einhergeht.

Dass sich mit den »postfordistischen« Produktionsverhältnissen auch die Arbeitskraft neu zusammensetzt, ist der Ausgangspunkt von Roland Atzmüllers Auseinandersetzung mit aktuellen Qualifikations- und Ausbildungsprozessen, die er u.a. als Formen des Krisenmanagements begreift. Stephan Adolphs und Serhat Karakayali widmen sich in ihrem Beitrag der Frage der Arbeitsteilung im Sinne des Macht-Wissen-Komplexes. Im Zuge einer Rekonstruktion der Foucaultschen Anleihen in Poulantzas' Staatstheorie fragen sie angesichts neuer Verschränkungen von Wissen, Arbeit und Macht nach weiteren »poststrukturalistischen« Anschlussstellen in dessen Staatstheorie.

Es ist Poulantzas' Verdienst, zu einem relationalen, nicht-fundationalistischen Verständnis des Staates beigetragen zu haben. Formen der Politik, Inhalte oder Akteure sind den Relationen, die den Staat ausmachen, nicht mehr vorgängig. Vielmehr gilt Poulantzas der Staat als konstitutiv: er subjektiviert und organisiert die herrschende Klasse, während die subalternen Klassen vom Staat systematisch desorganisiert werden. Gerade im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen haben jedoch neue Subjekte das Terrain des Politischen betreten, für die das politische Koordinatensystem möglicherweise neu durchdacht werden muss. In ihrem Beitrag diskutieren Birgit Sauer und Gundula Ludwig etwa, auf welche Weise der Staat das Geschlechterverhältnis bearbeitet und wie umgekehrt das Geschlechterverhältnis den Staat konstituiert. Am Beispiel der aktuellen sozialistischen Staatsprojekte in Lateinamerika verknüpft Jörg Nowak die Staatstheorie von Poulantzas mit Überlegungen aus den Postcolonial Studies, und Thomas Sablowski geht auf die vielfältigen Fraktionierungen und die daraus sich ergebende Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie ein.

Zwei weitere Beiträge befassen sich mit der Funktionsweise und den neueren Entwicklungen des Parlamentarismus. Während Michael Jäger die bei Poulantzas vorhandene implizite Parteientheorie herausarbeitet, wendet John Kannankulam das Konzept des autoritären Etatismus auf die aktuellen Formen von Staatlichkeit an. Wie wenige andere in der kritischen Gesellschafts- und Politiktheorie hat Poulantzas eindringlich über den Zusammenhang von kapitalistischen Produktionsverhältnissen, Staat und Demokratie nachgedacht. Es besteht kein Zweifel daran, dass er auf der Notwendigkeit der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft beharrt. Einen taktischen und instrumentalistischen Umgang mit den demokratischen Institutionen, der sich in der Politik verbreitet und nicht nur auf der Seite der Linken findet, hat er immer abgelehnt. Er hat aber auch nie einen Zweifel daran gelassen, daß das demokratische Projekt nur in der Verbindung mit Sozialismus, also nur unter solchen Bedingungen weiter gedeihen kann, die allen Menschen den Zugang zu den relevanten gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen ermöglichen.